Zeitschrift: Gewerkschaftliche Rundschau für die Schweiz : Monatsschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes

Herausgeber: Schweizerischer Gewerkschaftsbund

Band: 24 (1932)

Heft: 4

Artikel: Politische und wirtschaftliche Macht

Autor: Weber, Max

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-352554

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 02.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

erheblichem Vorteile ist. Mit der Zeit kann derart ein Stamm tüchtiger Betriebsleiter und sonstiger Vorgesetzter herangebildet werden, der ermöglicht, immer neue Betriebe anzugliedern.

Jedenfalls ist es ausserordentlich zu begrüssen, dass der Aufbau der sozialistischen Wirtschaft in den Vordergrund der Diskussion gestellt und versucht wird, den Gedanken daran in gewerkschaftlichen Kreisen zu beleben.

Politische und wirtschaftliche Macht.

Von Max Weber.

Meine Ausführungen im Januarheft der « Rundschau » haben in einigen Organen der Parteipresse neben grundsätzlicher Zustimmung auch Kritik erfahren. Diese Kritik richtete sich gegen meine Warnung vor einer Ueberschätzung der politischen Machtmittel.

Wer den Artikel « Aufbau der Gemeinwirtschaft » unvoreingenommen liest, wird einen « Gegensatz zwischen der politischen und wirtschaftlichen Betätigung der Arbeiterklasse » nicht entdecken können. Ich habe in keiner Weise den politischen Weg etwa als unnötig bezeichnet, sondern nur davor gewarnt, eine wirtschaftliche Umgestaltung einzig und allein von der Ergreifung der politischen Macht zu erwarten. Dass diese Warnung nicht überflüssig ist, zeigt gerade die Diskussion der Parteipresse, wo daran festgehalten wird, « dass die politische Macht die (!) Voraussetzung ist für die Umwandlung der kapitalistischen Wirtschaft in eine dauernde und allgemeine Gemeinwirtschaft » (Berner Tagwacht). Und ein Blatt fordert eine « planmässige Einwirkung der Gesellschaft und ihrer Organe, also namentlich auch des Staates, zur Schaffung der Grundlage einer sozialistischen Wirtschaft » (St. Galler Volksstimme).

Es verdient aber auch festgehalten zu werden, dass ein anderes Parteiblatt, die « Basler Arbeiterzeitung », erklärt, es sei absurd, zu glauben, heute herrsche der Kapitalismus und morgen schon der Sozialismus, und es wird dort gewarnt vor Illusionen und Glauben an Wunder. « Selbst die Eroberung der politischen Macht gibt dem Proletariat nur ein hervorragendes Mittel zur Erreichung des Zweckes... Die Arbeiterschaft hat vielleicht zu sehr in der Politik das einzige Mittel betrachtet. Die Eroberung der politischen Macht wird deshalb oft dem Sozialismus gleichgestellt ». Und als Schlussfolgerung daraus: « die Notwendigkeit der aktiven wirtschaftlichen Betätigung in der jetzigen Gesellschaft, die Besinnung auf die eigene wirtschaftliche Kraft und Bedeutung der Arbeiterklasse ».

Die Frage, wie weit die politische Macht geeignet ist zur Umgestaltung der Wirtschaft, ist wichtig genug, um hier nochmals darauf zurückzukommen. Dieses Problem ist von der allergrössten

praktischen Bedeutung für die Arbeiterbewegung, und es wird notwendig sein, in ihren Organisationen mehr Klarheit darüber zu schaffen.

Dass der Staat und seine Machtmittel ein hervorragendes Werkzeug zur Beeinflussung der Wirtschaft darstellen, ist eine Binsenwahrheit, über die nicht zu diskutieren ist. Allein die Vorstellung, dass der Staat die Grundlage schaffe für die sozialistische Wirtschaft, dass er gewissermassen der Hebel sei, um ein Wirtschaftssystem aus den Angeln zu heben, das sind Zumutungen an den Staat, die er niemals erfüllen kann.

Es ist freilich schwierig, oder gar unmöglich, diese Behauptungen und Gegenbehauptungen zu beweisen, weil es sich um gesellschaftliche Erscheinungen handelt, deren Ablauf durch kein Experiment im voraus festgestellt werden kann. Die einzigen Beweismittel sind die Erfahrungen aus der Vergangenheit.

Wie ist denn der Kapitalismus zur Herrschaft gelangt? Etwa durch eine politische Revolution? Oder dadurch, dass die politisch herrschende Klasse mit Hilfe des Staates die Grundlage für ihn geschaffen hat? Keineswegs. Im Gegenteil, die Durchdringung der Wirtschaft mit kapitalistischen Tendenzen vollzog sich mehrere Jahrhunderte lang unter der politischen Herrschaft des Feudaladels und des Klerus, also unter vorkapitalistischem Regime. Zuerst wurden jene Wirtschaftszweige vom Kapitalismus erobert, die neu im Entstehen begriffen und daher durch keine Tradition gebunden waren: Seehandel, Verlagsindustrie und später Fabrikindustrie. Im Handwerk und in der Landwirtschaft konnten sich Zunft- und Feudalsystem noch lange behaupten. Aber mit der Zeit wurden diese Bindungen für die sich gewaltig ausdehnenden Produktivkräfte zu untragbaren Fesseln. Auch wollte die Bourgeoisie, die im Wirtschaftsleben zur herrschenden Klasse geworden war, ihre Herrschaft auch auf den Staat ausdehnen. Daher wurde in der französischen Revolution das morsche politische System der vorkapitalistischen Epoche gestürzt, was durch Beseitigung der Schranken des Feudalismus und der Zunftwirtschaft den Weg frei machte für das weitere Vordringen des Kapitalismus und anderseits dem Bürgertum die Möglichkeit gab, auch den Staat ihren Interessen dienstbar zu machen.

Das kapitalistische Wirtschaftssystem ist also nicht auf politischem Wege eingeführt worden, sondern die Entwicklung der Wirtschaft hat umgekehrt die politische Umwälzung erzwungen. Und die kapitalistische Klasse hat nicht zuerst den Staat erobert, um dann nachher mit dessen Hilfe in die Wirtschaft einzudringen, sondern die Eroberung der Wirtschaft durch das Bürgertum wurde gekrönt durch dessen politische Machtergreifung.

Diese Entwicklung ist allerdings kein schlüssiger Beweis, dass es immer so gehen müsse. Es lassen sich jedoch zahllose andere Ereignisse anführen dafür, dass die wirtschaftliche Entwicklung die politische stärker beeinflusst als der Staat auf die Wirtschaft zu-

rückzuwirken vermag. Heute, wo sogar die meisten bürgerlichen Geschichtsschreiber die marxistische Geschichtsauffassung übernommen haben, sollte es nicht mehr nötig sein, sich in der sozialistischen Presse darüber auseinanderzusetzen.

Die Ueberschätzung der politischen Macht wird genährt durch die fascistische und die bolschewistische Bewegung, die anscheinend auf politischem Wege grosse Erfolge errungen haben. Aber auch sie bringen keine Widerlegung der geschichtlichen Erfahrung.

In Italien konnte der Fascismus nur zur Macht kommen, weil die kapitalistische Wirtschaft ihm den erforderlichen Rückhalt bot. Mussolini war ja von Anfang an der Handlanger des Grosskapitals, der die stark gewordenen gewerkschaftlichen und genossenschaftlichen Organisationen der Arbeiterschaft zertrümmern musste. Gewiss hat er die politische Macht geschickt und mit brutaler Rücksichtslosigkeit ausgenutzt, aber sein Sieg wäre nicht möglich gewesen, wenn die antikapitalistischen Wirtschaftskräfte stärker gewesen wären als die Macht des Kapitalismus.

Auch in Deutschland hätte die fascistische Bewegung nie einen solchen Umfang annehmen können, wenn sie nicht wirtschaftliche Mächte, den Grossgrundbesitz des Ostens, aber auch die Schwerindustrie und das Grosskapital überhaupt, hinter sich hätte.

Russland scheint vorläufig ein Gegenbeispiel zu sein. Doch wird jeder objektive Beobachter zugeben müssen, dass die Politik eines mit der Weltwirtschaft noch sehr lose verbundenen Weltreiches, das im Notfall sich mit allen erforderlichen Nahrungsmitteln und Rohstoffen versorgen kann, auf kein Land im wirtschaftlich eng verbundenen Westeuropa anwendbar ist. Ferner steht fest, dass die bisherige Entwicklung vom Kriegskommunismus zur neuen ökonomischen Politik und schliesslich zum Fünfjahresplan eine fortwährende Anpassung an die wirtschaftlichen Erfordernisse bedeutet. Im übrigen sind die Akten über dieses einzigartige wirtschaftspolitische Experiment noch lange nicht geschlossen.

Und was lehren die Erfahrungen in Ländern, wo die Arbeiterschaft vorübergehend zur Macht gelangt ist, sei es als Minderheitsregierung, sei es mit der politischen Mehrheit hinter sich? Ueberall stand sie einem gewaltigen Druck der kapitalistischen Wirtschaftsmacht gegenüber, die alle einschneidenden politischen Massnahmen, ja selbst solche, die noch verhältnismässig harmlos waren, mit Kapitalflucht und ähnlichen Mitteln sabotierte. Es ist noch nirgends gelungen, mit politischen Machtmitteln allein dagegen aufzukommen, ohne den Wirtschaftsapparat den gefährlichsten Störungen auszusetzen. Selbst kapitalistische Regierungen stehen solchen Druckmitteln manchmal fast wehrlos gegenüber.

All dies zeigt, dass es gilt, die politischen Erfolge durch einen verstärkten Vormarsch auf wirtschaftlichem Gebiet zu unterbauen. Ohne Stützpunkt in der Wirtschaft ist die politische Macht keine

genügend scharfe Waffe. Die Arbeiterbewegung muss sich deshalb losmachen von der Vorstellung, der Weg zur Macht bestehe einfach in der Besitzergreifung der Regierungssessel. Das ist richtig für eine Bewegung jener Mächte, die in der Wirtschaft bereits herrschen (Fascismus), aber nicht für eine Bewegung, in der die gegenwärtigen Wirtschaftsführer ihren Todfeind erblicken.

Die Macht der Arbeiterklasse ist die Summe der Machtstellungen und des Einflusses, den sie auf allen Gebieten des gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und politischen Lebens, im Betriebe, in der Gesamtwirtschaft wie auch im Parlament ausübt. Während nun aber unsere Macht auf politischem Gebiet schon recht bedeutsam und in unaufhaltsamem Steigen begriffen ist, steht es leider um unsere wirtschaftlichen Machtstellungen noch schlecht. Hierauf aufmerksam zu machen, dass die Arbeiterbewegung da vermehrte Kräfte einsetzen muss, das war der Zweck meines Artikels im Januarheft. Es wurde dort besonders hingewiesen auf die wirtschaftlichen Unternehmungen, die die Arbeiterbewegung selbst ins Leben gerufen hat und kontrolliert, die Produktivgenossenschaften. Auf Initiative des Gewerkschaftsbundes ist vor einigen Wochen an einer Konferenz beschlossen worden, einen Verband der Produktivgenossenschaften im Baugewerbe zu gründen, um auch auf diesem ganz bescheidenen Gebiet die Kräfte zu konzentrieren und besser auszunutzen. Wir werden demnächst auch auf die Konsumgenossenschaften zu sprechen kommen, die eine weitere Möglichkeit bieten, um in der kapitalistischen Wirtschaft Stützpunkte eines neuen Wirtschaftssystems aufzubauen. Daneben gibt es zahlreiche andere Möglichkeiten zur besseren Ausnützung der wirtschaftlichen Macht der Arbeiterklasse.

Wie ich schon eingangs erklärte, wird es nötig sein, dass die Arbeiterorganisationen diesen Fragen alle Aufmerksamkeit schenken und dass sie insbesondere ihren Mitgliedern Klarheit verschaffen über den Weg zur Ueberwindung des Kapitalismus. Zu diesem Zweck sollte ein Programm aufgestellt werden, nicht nur ein grundsätzliches, sondern ein Aktionsprogramm, das die Aufgaben der Uebergangswirtschaft oder, bescheidener und richtiger gesagt, der Vorbereitung eines gemeinwirtschaftlichen Wirtschaftssystems darstellt.